

Kurz berichtet

**Fotografieren unterm Rock – Guido Wolf fordert eigenen Straftatbestand**

STUTTGART (lsw) - Wer Frauen heimlich unter Röcke fotografiert, soll nach dem Willen von Justizminister Guido Wolf (CDU) einfacher bestraft werden können. Er unterstützte Forderungen, einen entsprechenden Straftatbestand zu schaffen, sagte Wolf am Donnerstag auf Anfrage in Stuttgart. Die Polizei habe dann eine bessere Handhabung gegen die Täter, sie könne zum Beispiel Personalien aufnehmen, Platzverweise erteilen und gegebenenfalls auch Fotoapparat oder Handy beschlagnahmen. Wolf will das Thema bei der Konferenz der Justizminister des Bundes und der Länder Anfang Juni ansprechen. „Das sogenannte Upskirting ist ein abstoßender und verletzender Eingriff in die Intimsphäre der betroffenen Frauen und Mädchen“, sagte Wolf. „Gerade in einer Zeit, in der – gerade auch bei größeren



Guido Wolf FOTO: DPA

Menschenansammlungen – immer wieder über sexuelle Übergriffe auf Frauen berichtet wird, sorgt das für zusätzliche Unsicherheit.“ Er lobte eine Petition, die sich für einen eigenen Straftatbestand einsetzt. „Ein großer Verdienst der Petition ist, dass sie die Öffentlichkeit für das Thema sensibilisiert.“

Zwei Frauen sammeln im Internet unter dem Titel „Verbietet #Upskirting in Deutschland!“ Unterschriften. Sie verweisen auf England und Wales, wo das Upskirting mit bis zu zwei Jahren Gefängnis geahndet werden kann.

Nach Auskunft des Justizministeriums sind heimliche Aufnahmen unter den Rock in Deutschland bislang in der Regel nicht strafbar – es sei denn, das Opfer hält sich in einer Wohnung auf und die Aufnahmen verletzen den höchstpersönlichen Lebensbereich.

**Langjährige Haftstrafen wegen Mord auf Landstraße**

TÜBINGEN (AFP) - Im Fall eines Mordes an einem 47-jährigen Autohändler auf offener Landstraße bei Bad Herrenalb in Baden-Württemberg hat das Landgericht Tübingen die beiden angeklagten Männer am Donnerstag zu langen Haftstrafen verurteilt. Ein 48-jähriger Syrer wurde nach Gerichtsangaben zu lebenslangen Haft, ein 23-jähriger Mazedonier zu einer Freiheitsstrafe von 13 Jahren verurteilt. Das Gericht befand die beiden Männer für schuldig, im September 2018 ihr Opfer mit drei Schüssen getötet zu haben. Täter und das aus dem Irak stammende Opfer kannten sich lange und betrieben nach der Aussage des 48-Jährigen jahrelang gemeinsam kriminelle Geschäfte.

**Gymnasiallehrer wünschen sich Rückkehr zu G9**

STUTTGART (lsw) - Kleinere Klassen, eine Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium (G9) und mehr Lehrer, die bei Krankheit einspringen: Das wünschen sich viele Gymnasiallehrer im Südwesten. Der



Ralf Scholl FOTO: CORD SANTELMANN

Vorsitzende des Philologenverbands, Ralf Scholl, überreichte am Donnerstag in Stuttgart mehrere hundert Wunschzettel an Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU). Ganz oben steht dabei

auch die Forderung, für Zusatzaufgaben entlastet zu werden und die wöchentliche Unterrichtsverpflichtung reduzieren zu können. Eisenmann sagte: „Ich fühle mich geehrt, dass ich neben dem Weihnachtsmann und dem Christkind jetzt auch einen Wunschzettel bekomme.“

**Beim Klimaschutz sollen alle zusammenrücken**

HEIDELBERG (lsw) - Repräsentanten von 102 Staaten haben sich bei der Heidelberger Klimakonferenz zu verstärkter Zusammenarbeit verpflichtet. Sie verabschiedeten am Donnerstag zum Abschluss der zweitägigen ICCA (International Conference on Climate Action) eine „Partnerschaftserklärung zum gemeinsamen Klimaschutz“. Auf dieser Grundlage sollen Staaten, Regionen und Kommunen auf Augenhöhe und in enger Verzahnung den Klimaschutz vorantreiben. Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) sprach von einer konstruktiven Atmosphäre. „Die Konferenz hat Mut gemacht.“

**Kretschmann für Senkung des Wahlalters**

STUTTGART (lsw) - Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) hat sich für eine generelle Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre ausgesprochen. „Es ist ein probates Mittel, um junge Menschen vor Ort frühzeitig an die Demokratie mitzuziehen und ihre politischen Urteilsfähigkeit zu stärken“, sagte er.

**Israelfeindliche Wahlplakate von Gemeinde abgehängt**

PFINTZAL (lsw) - Die nordbadische Gemeinde Pfintzal hat 15 Wahlplakate der Partei „Die Rechte“ abgehängt. Bürger hätten sich über israelfeindliche Parolen und indirekte Drohungen gegen Flüchtlinge beschwert, sagte Vize-Bürgermeister Frank Hörter (CDU) am Donnerstag. Die Slogans der unter anderem vor der Flüchtlingsunterkunft aufgehängten Plakate konterkarieren die Bemühungen des 18 000-Einwohner-Ortes für ein friedliches Miteinander, so Hörter. „Die Rechte“ habe schon wieder neue Plakate aufgehängt und mit einer Demo reagiert. Die Gemeinde überlegt nun, wie sie weiter vorgeht.

**Angeklagter muss wegen Überfällen ins Gefängnis**

REUTLINGEN (mr) - Ein 34-jähriger Deutscher, der sich wegen Raubüberfällen auf einen 90-jährigen sowie auf eine Tankstelle vor dem Amtsgericht Reutlingen verantworten musste, ist zu einer Haftstrafe von drei Jahren und neun Monaten verurteilt worden. Der Angeklagte hatte im Juni 2018 auf einem Friedhof in Reutlingen mit einer Glasflasche auf einen Senior eingeschlagen, um Geld zu stehlen. Der 90-Jährige wurde dabei schwer verletzt. Fünf Monate später überfiel der Täter eine Tankstelle und schlug auf eine Angestellte ein. Aufgrund ihrer Gegenwehr flüchtete er ohne Beute.

**Schulsoftware: mangelhaft**

Rechnungshof deckt Ausmaß an Pannen bei Programm zur Schulverwaltung auf

Von Kara Ballarin

STUTTGART - Das Projektmanagement hat versagt, statt geplanter vier Millionen sind die Kosten auf 47 Millionen Euro explodiert: Der Landesrechnungshof hat den Einsatz der Software zur Amtlichen Schulverwaltung Baden-Württemberg (ASV-BW) geprüft – und stellt der Landesregierung ein verheerendes Zeugnis aus. Alle Schulen im Land sollten seit dem Schuljahr 2008/2009 mit dem Programm arbeiten. Tatsächlich sind es aktuell weniger als zehn Prozent. Der Blick ins Nachbarland Bayern zeigt, dass es auch anders geht.

Ein Dreivierteljahr hat der Rechnungshof im Auftrag des Landtags die Vorgänge rund um die Software durchleuchtet. „Die Zielvorgaben des Projekts ASV-BW zu Kosten, Zeiten und Leistungen wurden deutlich verfehlt“, urteilen die Prüfer. Rückblick: Vor 13 Jahren haben Baden-Württemberg und Bayern beschlossen, gemeinsam eine Schulverwaltungssoftware zu entwickeln. Sie sollte flächendeckend an allen Schulen in beiden Ländern eingesetzt werden – für die eigenen Verwaltungsaufgaben, aber auch als Werkzeug, um unkompliziert Daten an die Schulstatistik zu übermitteln.

Bayern sei auf einem guten Weg, erklärt ein Sprecher von Kultusminister Michael Piazolo (Freie Wähler). Der verpflichtende Einsatz der Software sei 2013 gestartet worden. 4000 und damit zwei Drittel aller bayerischen Schulen nutzten die ASV. Abschließend werde sie noch an den Förderzentren, Schulen für Kranke und den Freien Waldorfschulen eingeführt. Lothar Nickerl vom Rechnungshof sagte am Donnerstag im Bildungsausschuss des Landtags in Stuttgart hingegen: „Auch in Bayern ist nicht alles optimal.“

**Noch nicht überall anwendbar**

Baden-Württemberg hängt dennoch deutlich hinterher. Laut Rechnungshof nutzen derzeit lediglich 410 der 4500 Schulen die Software. Lediglich zwei Prozent übermittelten ihre Daten zur amtlichen Schulstatistik über die ASV-BW. Für berufliche Schulen und die Gymnasien sei dies noch gar nicht möglich. „Die Software ist hinsichtlich ihrer Kernfunktionalitäten derzeit noch nicht für einen flächendeckenden Einsatz geeignet“, heißt es im Gutachten.

Mindestens 47 Millionen Euro hat das Land bislang, das Zwölfwache als ursprünglich geplant, für die ASV-BW ausgegeben, so die Prüfer. Ein fundiertes Kostencontrolling könnten die Prüfer nicht finden. „Die Dimension und die Komplexität des Projekts wurden von Beginn an unterschätzt“, sagte Nickerl. Die Kostensteigerungen erklärte er zum ei-



Erneut gibt es bei der Digitalisierung der Schulen in Baden-Württemberg Probleme mit einer Software. FOTO: DPA

nen mit Neuerungen wie der Einführung der Gemeinschaftsschule. Zum anderen sei der Fokus auf die wesentlichen Funktionen der Software verloren gegangen, immer neue Wünsche seien hinzugekommen. Timm Kern (FDP) nannte das Gut-

achten eine „schallende Ohrfeige für die selbst ernannte Digitalisierungslandesregierung“. Er sagte: „Dieses IT-Desaster ist eigentlich noch das größere als Ella“, so Kern. Nach Jahren der Entwicklung und Kosten in zweistelliger Millionenhöhe ist die

Bildungsplattform Ella vergangenes Jahr gestoppt worden.

Der Rechnungshof hat bei ASV-BW „erhebliche Mängel im Projektmanagement“ festgestellt. Das Kultusministerium hatte Wesentliches, etwa die Qualitätssicherung, an externe Dienstleister delegiert und so „aus der Hand gegeben“. Damit sei Schluss, sagte Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) am Donnerstag. Das Programm sei überarbeitet worden. In einem Pilotprojekt, an dem Schulen aller Schularten beteiligt seien, werde es derzeit getestet. Im Herbst, so die Ministerin, wolle sie einen Gesetzentwurf vorlegen, um die Schulen zu verpflichten, ASV-BW einzuführen. Wann diese Pflicht kommen soll, sei noch unklar.

Laut Norbert Brügger, Bildungsdezernent beim Städtetag, könnte diese Pflicht zum Schuljahr 2022/2023 kommen – er bezieht sich dabei auf Aussagen von Eisenmanns Ministerialdirektor Michael Föll. Klaus Dürr (AfD) hatte Eisenmann am Donnerstag dafür kritisiert, die Kommunen an den Kosten für das Programm beteiligen zu wollen. Brügger zeigt sich indes offen dafür. Die bisherigen Software-Lösungen privater Anbieter seien sehr teuer und oft ohne Alternative. „Auch wir fordern die verbindliche Einführung“, sagt er. Aber nur dann, wenn durch ASV-BW alle anderen Programme an den Schulen abgelöst werden können.

**Kommentar**

Von Kara Ballarin

**Mehr Verantwortung bitte**

Bislang hat das Land 47 Millionen Euro in die Software ASV-BW gesteckt, ohne dass sie einsatzbereit wäre. Weitere Millionen an Steuergeld werden folgen, bevor sie die 4500 Schulen im Südwesten einsetzen können. Gut, dass der Landesrechnungshof nun in deutlichen Worten eine nüchtere Analyse zur Pannenserie rund um die Software vorgelegt hat.



Lösungen zu schaffen, geht nun erneut nach hinten los.

Wenn die politischen Verantwortlichen im Land schon höchst ambitionierte Ziele verfolgen, dann müssen sie diese auch mit entsprechender Verve kontrollieren. Bei Ella und bei der ASV-BW ist dies nicht geschehen. Der einzige Unterschied: ASV-BW ist nicht verloren, die Software wird irgendwann an allen Schulen ankommen.

Auch wenn Politiker besonders gern innovative Projekte starten, weil sie dafür Lob einsammeln: Die Umsetzung ist entscheidender als ein prestigeträchtiger Start.

✉ k.ballarin@schwaebische.de

**Gleichviel Frauen wie Männer**

Der neue SWR-Intendant Kai Gniffke will Führungspositionen paritätisch besetzen

STUTTGART (dpa) - Der Chefredakteur von ARD-aktuell, Kai Gniffke, ist zum neuen Intendanten des Südwestrundfunks gewählt worden. Der 58-Jährige erhielt am Donnerstag in Stuttgart im zweiten Wahlgang eine Mehrheit im Rundfunk- und Verwaltungsrat des Senders. Seine Gegenkandidatin war die SWR-Landesender-Direktorin Baden-Württemberg, Stefanie Schneider (57). Der bisherige SWR-Intendant Peter Boudgoust (64) hatte im vergangenen Dezember angekündigt, seinen Posten Mitte 2019 vorzeitig abzugeben.



Kai Gniffke ist zum Intendanten des Südwestrundfunks gewählt worden. Stefanie Schneider (re.) hatte das Nachsehen. FOTO: DPA

In seiner Bewerbungsrede sagte Gniffke, der SWR müsse zum „Innovationstreiber Nummer 1 werden“ und in Baden-Baden ein Labor dafür aufbauen. Es gehe darum, neue Videoformate zu entwickeln, sich mit der Start-up-Szene zu vernetzen, die digitalen Kanäle und sozialen Medien besser zu bespielen. Das SWR-Fernsehen sollte eine Serie produzieren, die mit Netflix konkurrieren könne, schlug Gniffke vor. Sein Ziel sei es außerdem, alle Führungspositionen im SWR je zur Hälfte mit Männern und Frauen zu besetzen.

Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Wolfgang Reinhart, und der medienpolitische Sprecher Raimund Haser sagten zur Wahl: „Es ist richtig, dass Gniffke den SWR zum

„Innovationstreiber Nummer 1“ machen will. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss die Herausforderungen der sich rasant verändernden Medienwelt annehmen und meistern.“

Seit 2007 hatte Peter Boudgoust die zweitgrößte ARD-Anstalt geleitet. Der Staatsvertrag der Zwei-Länder-Anstalt legt fest, dass im ersten und im eventuellen zweiten Wahlgang mindestens die Hälfte der Gremienmitglieder sowohl aus Baden-Württemberg als auch aus Rheinland-Pfalz für den neuen Intendanten stimmen muss. Das gelang im ersten Wahlgang nicht: Die baden-württembergischen Gremienmitglieder stimmten dabei mehrheitlich für Schneider, die rheinland-pfälzischen für Gniffke.

Gniffke arbeitete von 1993 bis 2003 beim SWR in Rheinland-Pfalz, unter anderem als Reporter und landespolitischer Korrespondent. Als Chefredakteur von „Tagesschau“ und „Tagesthem“ ist Gniffke innerhalb der ARD eng vernetzt, hat zu Baden-Württemberg bisher aber nicht so viele Bezüge.

Auch 21 Jahre nach der Fusion von Südwestfunk und Süddeutschem Rundfunk zum SWR „sprechen wir immer noch über Ländergrenzen und Standorte“, beklagte Gniffke. „Ich bin ein Kind des SWR. Ich bin ein Kind der Fusion“. Damals habe er immer Sender seine erste Festanstellung bekommen. Sein Schwäbisch sei noch „nicht perfekt, aber ich lern's gerade“.

**Ministerienwünsche in Milliardenhöhe**

STUTTGART (lsw) - Die grün-schwarzen Ministerien haben für den anstehenden Haushaltsplan finanzielle Wünsche von mehr als fünf Milliarden Euro angemeldet. Zur Verfügung stehen aber nur rund 300 Millionen Euro für dauerhafte Mehrausgaben. Das geht aus einem Schreiben von Finanzministerin Edith Sitzmann (Grüne) hervor.

„Die Diskrepanz zwischen den finanziellen Wünschen der Ressorts und dem finanziell Darstellbaren ist damit offensichtlich“, schreibt Sitzmann in dem Brief. Sie forderte die Ministerien auf, ihre Wünsche zu reduzieren und nach Prioritäten zu sortieren. „Da die Einhaltung der Schuldenbremse keinen Spielraum zulässt, bitte ich Sie um ihre aktive Mitwirkung.“ Die Schuldenbremse besagt, dass die Länder von 2020 an grundsätzlich keine neuen Schulden mehr machen dürfen.

Es geht um den Haushalt des Landes für die Jahre 2020 und 2021. Die jüngste Steuerschätzung hatte ergeben, dass die Einnahmen des Landes für die beiden Jahre jeweils um rund 600 Millionen Euro niedriger sind als zuletzt erwartet worden war. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) mahnte wiederholt zur Ausgabendisziplin. Er rechnet mit heftigen Auseinandersetzungen ums Geld in seiner Regierung.

**Schwäbische Zeitung**

Gegründet 1945  
Erscheinungsweise: werktäglich - Erscheinungsorte: Aalen, Biberach, Ehingen, Ellwangen, Friedrichshafen, Lachingen, Laupheim, Leutkirch, Lindau, Ravensburg, Riedlingen, Bad Saulgau, Sigmaringen, Spanghingen, Tettnang, Trossingen, Tuttlingen, Ulm, Bad Waldsee, Wangen.

Verlag  
Schwäbischer Verlag GmbH & Co. KG Drexler, Gessler  
Karlstraße 16, 88212 Ravensburg  
Telefon 0751 / 2955-0, Telefax 0751 / 2955-991499  
Anzeigen Telefax 0751 / 2955-991139  
Geschäftsführer: Dr. Kurt Sabathil

Redaktion  
Chefredakteur: Dr. Hendrik Groth (verantwortlich)  
Stellv. Chefredakteur: Yannick Dillinger (digital), Andreas Müller  
Mitglied der Chefredaktion: Jochen Schlosser  
Politik: Claudia Kling; Wirtschaft: Benjamin Wagener;  
Journal/Kultur: Barbara Miller; Sport: Tilippo Cataldo;  
Beilagen/Wochenende: Dirk Uhlentrich;  
alle 88212 Ravensburg, Karlstraße 16

Redaktion Stuttgart: Kara Ballarin, Katja Korf  
Redaktion Berlin: Sabine Lennartz  
Regionalreporter Allgäu/Bodensee: Uwe Jaub

Korrespondenten in Washington, Moskau, Paris und Brüssel.  
Druck: Druckhaus Ulm-Oberschwaben GmbH & Co. KG, Weingarten und Ulm

Verlagsdirektor: Michael Meyer-Böhm  
Verantwortlich für Anzeigen: Michael Meyer-Böhm  
Marketing und Vertrieb: Ronald Koppelt  
Zustellung und Logistik: Alexander Bachmann  
Chef vom Dienst und Zeitungsproduktion: Bernd Scheibitz

Für Anzeigen und Beilagen gelten die Geschäftsbedingungen der Preisliste Nr. 71 vom 1.3.2019. Für den Inhalt der Lokalteile sind die Lokaledaktionen und die lokalen Anzeigenleiter verantwortlich. Für unverlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Falls durch Eintritt höherer Gewalt, bei Streik oder Ausspernung keine Zeitung geliefert werden kann, ist eine Entschädigung ausgeschlossen.

Abonnenten-Service: Telefon: 0751 / 29 555 555  
Telefax: 0751 / 29 555 556  
E-Mail: aboservice@schwaebische.de  
E-Mail: redaktion@schwaebische.de